

2005
20320
2035
780
790
93

**Gesetz über die
Feststellung eines Nachtrags zu
den Haushaltsplänen des Landes
Nordrhein-Westfalen
für die Haushaltsjahre 2004/2005
(Nachtragshaushaltsgesetz 2005)
und
zur Änderung
des Besoldungsgesetzes
für das Land Nordrhein-Westfalen
(Landesbesoldungsgesetz – LBesG NRW)
und
zur Änderung des Gesetzes
zur Regelung der Zuweisungen
des Landes Nordrhein-Westfalen
an die Gemeinden und Gemeindeverbände
in den Haushaltsjahren 2004/2005
(Gemeindefinanzierungsgesetz – GFG 2004/2005)
und
zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs
der finanziellen Beteiligung der Gemeinden
am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit
in den Haushaltsjahren 2004/2005
und des kommunalen Entlastungsausgleichs
zugunsten der Kommunen der neuen Länder
im Haushaltsjahr 2005
(Solidarbeitragsgesetz – SBG 2004/2005)
und
zur Änderung anderer Gesetze
Vom 1. März 2005**

Artikel I

Artikel I des Gesetzes über die Feststellung der Haushaltspläne des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Haushaltsgesetz 2004/2005) und des Gesetzes zur Änderung des Besoldungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (LBesG NRW) vom 3. Februar 2004 (GV. NRW. S. 64) – zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zu den Haushaltsplänen des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Nachtragshaushaltsgesetz 2004) und Gesetz zur Änderung des Besoldungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbesoldungsgesetz – LBesG NRW) und zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände in den Haushaltsjahren 2004/2005 (Gemeindefinanzierungsgesetz – GFG 2004/2005) und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit in den Haushaltsjahren 2004/2005 und des kommunalen Entlastungsausgleichs zugunsten der Kommunen der neuen Länder im Haushaltsjahr 2005 (Solidarbeitragsgesetz – SBG 2004/2005) vom 21. Juli 2004 (GV. NRW. S. 399) – wird für das Haushaltsjahr 2005 wie folgt geändert und ergänzt:

1. In § 1 Nr. 2 wird die Zahl 47.266.191.600 EUR durch die Zahl 49.436.414.300 EUR ersetzt.
2. In § 2 Abs. 1 Nr. 2 wird die Zahl 3.906.145.000 EUR durch die Zahl 5.316.145.000 EUR ersetzt.
3. § 4 Abs. 16 des Haushaltsgesetzes erhält folgende Fassung:

„(16) Das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit wird ermächtigt, mit Zustimmung des Finanzministeriums das Materialprüfungsamt Nordrhein-Westfalen – auch einschließlich des seinem Betrieb dienenden Grundvermögens – zu veräußern. Die Ermächtigung umfasst auch die Ausgliederung gemäß § 168 des Umwandlungsgesetzes. Für den Fall einer Rückkehr der Beschäftigten in den Landesdienst nach einem Arbeitsplatzverlust infolge Insolvenz oder Betriebs-

schließung – auch bei nachgelagerter Veräußerung des aus dem Materialprüfungsamt entstandenen Betriebes oder Betriebsteils an Dritte – oder bei erheblicher räumlicher Verlagerung des Betriebes wird das Finanzministerium ermächtigt, die Beschäftigten über die Personalagentur in alle Geschäftsbereiche des Landes auf freie und besetzbare Stellen und Stellen zu vermitteln oder auf im Vollzug einzurichtende Leerstellen zu übernehmen.“

4. § 4 wird um folgenden neuen Absatz 18 ergänzt:

„(18) Das Finanzministerium wird ermächtigt, gegenüber der NRW.BANK den Wert der Beteiligung der NRW.BANK an der WestLB AG bis zu einer Höhe von 2.487.321.300 EUR zu garantieren.“

5. § 4 wird um folgenden neuen Absatz 19 ergänzt:

„(19) Für angestellte Lehrerinnen und Lehrer an Ersatzschulen nach § 1 Abs. 1 des Ersatzschulfinanzgesetzes übernimmt das Land Nordrhein-Westfalen unter Bezug auf § 8 a des Altersteilzeitgesetzes vom 23. Juli 1996 (BGBl. I 1078), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juli 2004 (BGBl. I 2842), für den Fall der Zahlungsunfähigkeit des Ersatzschulträgers die Haftung für alle Wertguthaben, die während der Fortdauer der Finanzierung nach dem Ersatzschulfinanzgesetz aufgrund einer Altersteilzeitvereinbarung im Sinne von § 2 Abs. 2 des Altersteilzeitgesetzes entstehen.“

6. § 6 wird um folgenden neuen Absatz 12 ergänzt:

„(12) Das Finanzministerium wird zur Übertragung der finanziellen Abwicklung von Förderprogrammen auf die NRW.BANK ermächtigt, im Einvernehmen mit dem jeweiligen Ressort Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen zu von ihm einzurichtenden Titeln der Gruppe 546 im selben Einzelplan umzusetzen. Verpflichtungsermächtigungen können darüber hinaus auch aus dem Einzelplan 20 Kapitel 20 020 Titel 546 00 in die Einzelpläne umgesetzt werden.“

7. § 12 Abs. 4 wird wie folgt gefasst:

„(4) Der Gesamtbetrag der gemäß § 13 Abs. 4 des Weiterbildungsgesetzes im Jahr 1999 der Volkshochschule gezahlten Landesmittel bzw. des gemäß § 16 Abs. 5 des Weiterbildungsgesetzes für die Einrichtung möglichen Höchstförderbetrags umfasst den gemäß § 12 Abs. 3 Haushaltsgesetz 2002 möglichen Höchstförderbetrag. Die gemäß § 13 des Weiterbildungsgesetzes zu zahlende Zuweisung und der gemäß § 16 Abs. 5 des Weiterbildungsgesetzes maßgebliche Höchstförderbetrag werden um einen Konsolidierungsbeitrag von 15 v.H. reduziert.“

8. Der dem Haushaltsgesetz 2004/2005 beigelegte Gesamtplan (Haushaltsübersicht, Finanzierungsübersicht und Kreditfinanzierungsplan) wird für das Jahr 2005 durch den diesem Gesetz beigelegten **Gesamtplan** ersetzt.
9. Der dem Haushaltsgesetz 2004/2005 als Anlage beigelegte Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2005 wird nach Maßgabe des diesem Gesetz beigelegten Nachtrags geändert.

Artikel II

Das Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände in den Haushaltsjahren 2004 und 2005 (Gemeindefinanzierungsgesetz – GFG 2004/2005) und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit in den Haushaltsjahren 2004 und 2005 und des kommunalen Entlastungsausgleichs zugunsten der Kommunen der neuen Länder im Haushaltsjahr 2005 (Solidarbeitragsgesetz – SBG 2004/2005) vom 3. Februar 2004 (GV. NRW. S. 42) – zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zu den Haushaltsplänen des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Nachtragshaushaltsgesetz 2004) und Gesetz zur Änderung des Besoldungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbesoldungsgesetz – LBesG NRW) und zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des

Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände in den Haushaltsjahren 2004/2005 (Gemeindefinanzierungsgesetz – GFG 2004/2005) und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit in den Haushaltsjahren 2004/2005 und des kommunalen Entlastungsausgleichs zugunsten der Kommunen der neuen Länder im Haushaltsjahr 2005 (Solidarbeitragsgesetz – SBG 2004/2005) vom 21. Juli 2004 (GV. NRW. S. 399) – wird für das Haushaltsjahr 2005 wie folgt geändert und ergänzt:

1. Die Überschrift des Gesetzes erhält folgende neue Fassung:

„Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände in den Haushaltsjahren 2004 und 2005 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit in den Haushaltsjahren 2004 und 2005“.

2. In Artikel I Inhaltsübersicht erhält § 27 folgende Bezeichnung:

„Zuweisungen für kommunale Theaterförderung, kommunale Orchester, kommunale Musikschulen und kommunale Musikfeste“.

3. In Artikel I Inhaltsübersicht erhält § 33 folgende Bezeichnung:

„Zuweisungen für kreisfreie Städte und Kreise im Zusammenhang mit der Umsetzung des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“.

4. In Artikel I Inhaltsübersicht werden die bisherigen §§ 33 bis 44 die §§ 34 bis 45.

5. In Artikel I Inhaltsübersicht/Anlagen erhält Anlage 9 folgende Bezeichnung:

„Wohngeldentlastung des Landes und kommunaler Entlastungsausgleich zu Gunsten der Kommunen der neuen Länder im Zusammenhang mit der Umsetzung des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“.

6. In Artikel I Inhaltsübersicht/Anlagen wird folgende neue Anlage 10 angefügt:

„Zuweisungsempfänger und Zuweisungsbeträge nach § 33 Abs. 3“.

7. In Artikel I Inhaltsübersicht/Anlagen wird die bisherige Anlage 9 die neue Anlage 11; in der Bezeichnung der Anlage wird „§ 38 Abs. 3“ durch „§ 39 Abs. 3“ ersetzt.

8. In Artikel I § 2 Abs. 1 wird hinter Satz 2 folgender Satz 3 eingefügt:

„Der Landesanteil an der Umsatzsteuer wird in 2005 um 220 000 000 EUR angehoben, um die Reduzierung der Verbundgrundlagen durch den interkommunalen Entlastungsausgleich zugunsten der Kommunen der neuen Länder im Zusammenhang mit der Umsetzung des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt zu kompensieren.“

9. In Artikel I § 2 Abs. 2 wird folgender Satz 4 angefügt:

„Den Mitteln nach Absatz 1 wird für das Haushaltsjahr 2005 einmalig ein Betrag von 321 130 000 EUR hinzugerechnet, der im Haushaltsjahr 2006 verrechnet wird.“

10. In Artikel I § 2 entfällt der bisherige Absatz 4; die bisherigen Absätze 5 und 6 werden die neuen Absätze 4 und 5.

11. In Artikel I § 3 Abs. 2 werden die Wörter:

„Im Haushaltsjahr 2005 wird ferner einbehalten – der über eine Reduzierung des Landesanteils an der Umsatzsteuer im Zusammenhang mit dem Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 24. Dezember 2003 (BGBl. I S. 2954) zu erbringende kommunale Beitrag für ei-

nen Entlastungsausgleich der Kommunen der neuen Länder abzüglich des bereits über die Absenkung der Verbundmasse nach § 2 Abs. 1 erbrachten Anteils.“

gestrichen.

12. In Artikel I § 5 wird „§ 33“ durch „§ 34“ ersetzt.

13. In Artikel I § 7 Abs. 2 entfällt Satz 2.

14. In Artikel I § 7 Abs. 3 werden die Wörter „unter Berücksichtigung von § 2 Abs. 4“ gestrichen.

15. In Artikel I § 8 entfällt der bisherige Absatz 3.

16. In Artikel I § 9 Abs. 4 wird „§ 37“ durch „§ 38“ ersetzt.

17. In Artikel I § 12 Abs. 4 wird „§ 37“ durch „§ 38“ ersetzt.

18. In Artikel I § 13 wird „§ 34“ durch „§ 35“ ersetzt.

19. In Artikel I § 16 wird „§ 35“ durch „§ 36“ ersetzt.

20. In Artikel I § 18 Abs. 2 wird „§ 37“ durch „§ 38“ ersetzt.

21. In Artikel I § 19 Abs. 2 wird „§ 37“ durch „§ 38“ ersetzt.

22. In Artikel I erhält § 27 folgende neue Überschrift:

„Zuwendungen für kommunale Theaterförderung, kommunale Orchester, kommunale Musikschulen und kommunale Musikfeste“.

23. In Artikel I erhält § 27 Abs. 2 folgende neue Fassung:

„(2) In den Jahren 2004 und 2005 werden für kommunale Orchester und kommunale Musikschulen und im Haushaltsjahr 2005 auch für kommunale Musikfeste Mittel entsprechend der Anlage 3 zu § 4 Abs. 2 zur Verfügung gestellt.“

24. In Artikel I § 29 Abs. 4 wird „§ 38“ durch „§ 39“ ersetzt.

25. In Artikel I § 30 Abs. 4 wird „§ 38“ durch „§ 39“ ersetzt.

26. In Artikel I wird folgender neuer § 33 eingefügt:

**„§ 33
Zuweisungen für kreisfreie Städte und Kreise im Zusammenhang mit der Umsetzung des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt**

(1) Die kreisfreien Städte und Kreise erhalten im Haushaltsjahr 2005 im Zusammenhang mit der Umsetzung des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 24. Dezember 2003 (BGBl. I S. 2954) Zuweisungen nach Maßgabe dieses Gesetzes.

(2) Die für das Haushaltsjahr 2005 vorgesehenen Mittel resultieren aus der sich im Zusammenhang mit der Umsetzung des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt ergebenden Landesersparnis bei der Wohngeldzahlung abzüglich des interkommunalen Entlastungsausgleichs zugunsten der Kommunen der neuen Länder. Die der Berechnung der Zuweisungen zugrunde zu legenden Beträge ergeben sich aus der **Anlage 9** zu diesem Gesetz.

(3) Der Zuweisungsbetrag für jede kreisfreie Stadt und jeden Kreis ergibt sich aus der **Anlage 10** zu diesem Gesetz. Die Beträge werden ermittelt aus der Addition der Arbeitslosenhilfe- und der Sozialhilfeempfänger gewichtet mit einem Mietpreisfaktor. Als Zahl der Arbeitslosenhilfeempfänger gilt der von der Bundesagentur für Arbeit ermittelte Stand zum 31. Dezember 2003. Als Zahl der Sozialhilfeempfänger gilt der vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik ermittelte Stand nach der amtlichen Sozialhilfestatistik zum 31. Dezember 2003. Die Festsetzung des Mietpreisfaktors basiert auf den nach § 8 Abs. 3 und 4 Wohngeldgesetz in der Fassung vom 23. Januar 2002, zuletzt geändert durch das Alterseinkünftegesetz vom 5. Juli 2004 (BGBl. I S. 1427), vorgenommenen Berechnungen. § 38 Abs. 1 Satz 2 gilt entsprechend.

- (4) Die Zuweisung wird den kreisfreien Städten und Kreisen mit je einem Viertel am 28. Februar 2005, 31. Mai 2005, 31. August 2005 und am 30. November 2005 ausgezahlt. § 39 Abs. 6 gilt entsprechend.“
27. In Artikel I werden die bisherigen §§ 33 bis 44 die §§ 34 bis 45.
28. In Artikel I bisheriger § 35 Abs. 1 und 2 wird „§ 34“ durch „§ 35“ ersetzt.
29. In Artikel I bisheriger § 36 wird „§ 35“ durch „§ 36“ ersetzt.
30. In Artikel I bisheriger § 37 Abs. 1, Abs. 2 und Abs. 6 und bisheriger § 38 Abs. 2 letzter Satz wird „§ 39“ jeweils durch „§ 40“ ersetzt.
31. In Artikel I bisheriger § 38 Abs. 3 und Abs. 4 wird „Anlage 9“ jeweils durch „Anlage 11“ ersetzt.
32. In Artikel I wird die Anlage 1 zu § 2 Abs. 3 GFG 2004/2005 wie folgt ersetzt:

Anlage 1 zu § 2 Abs. 3 GFG 2004/2005

Ableitung Steuerverbund 2004 und 2005		
	Steuerverbund 2004 Mio. EUR	Steuerverbund 2005 Mio. EUR
A. Gemeinschaftssteuern		
Lohnsteuer		12.340,000
veranlagte Einkommensteuer		890,000
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag		1.490,000
Körperschaftsteuer		1.585,000
Umsatzsteuer		8.120,000
Einfuhrumsatzsteuer		3.425,000
Zinsabschlag		830,000
Summe A.		28.680,000
AA. Korrektur der Gemeinschaftssteuern		
Kompensationsleistungen nach § 32 GFG		- 480,000
Kommunaler Entlastungsausgleich Ost		+ 220,000
bereinigte Summe A.		28.420,000
B. Fakultative Verbundgrundlagen		
Grunderwerbsteuer (anteilig 4/7tel)		643,000
Summe B.		643,000
Verbundgrundlagen insgesamt (Summe A. u. B.)		29.063,000
Verbundsatz (%)		23,0 %
Originäre Verbundmasse		6.684,490
Kreditierung nach § 2 Abs. 2 GFG (insgesamt)		+ 321,130
Verrechnung Kreditierung nach § 2 Abs. 2 GFG (insgesamt)		- 690,150
Volumen Steuerverbund		6.315,470

33. In Artikel I wird die Anlage 2 zu § 3 Abs. 3 und 4 GFG 2004/2005 wie folgt ersetzt:

Anlage 2 zu § 3 Abs. 3 und 4 GFG 2004/2005

Vorwegabzüge/Zuführungen Steuerverbund 2004 und 2005		
	Steuerverbund 2004 Mio. EUR	Steuerverbund 2005 Mio. EUR
Volumen Steuerverbund		6.315,470
Tantiemen § 3 GFG		- 2,600
Kommunale Kirchenbaulasten § 3 GFG		- 0,900
Kommunale Beteiligung Einheitslasten § 3 GFG		+ 383,120
Vorwegabzüge/Zuführungen insgesamt		+ 379,620
Verfügbarer Verbundbetrag		6.695,090

34. In Artikel I wird die Anlage 3 zu § 4 Abs. 2 GFG 2004/2005 wie folgt ersetzt:

Anlage 3 zu § 4 Abs. 2 GFG 2004/2005

Aufteilung des verfügbaren Verbundbetrages im Steuerverbund 2004 und 2005		
	Steuerverbund 2004 Mio. EUR	Steuerverbund 2005 Mio. EUR
Verfügbarer Verbundbetrag		6.695,090
Befrachtungsvolumen zugunsten der Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände nach Maßgabe des Landeshaushalts		- 324,700
Verteilbare Verbundmasse im Steuerverbund		6.370,390
Allgemeine Zuweisungen		
Schlüsselzuweisungen insgesamt:		5.265,661
* Gemeinden § 8 GFG konsumtiv		4.132,931
* Kreise § 11 GFG		616,190
* Landschaftsverbände § 14 GFG		516,540
Pauschale Zuweisungen zur Förderung investiver Maßn. gesamt:		402,254
* IVP Allgemein § 17 Abs. 2 GFG		339,237
* IVP Sozialhilfeträger § 17 Abs. 3 GFG		34,280
* IVP Eingliederungshilfe § 17 Abs. 4 GFG		28,737
Pauschale Sonderzuweisungen insgesamt		505,000
* Schulpauschale § 18 GFG		460,000
* Sportpauschale § 19 GFG		45,000
Zuweisungen aufgrund von Sonderbedarfen außerhalb des Schlüsselzuweisungssystems § 20 GFG		21,546
Allgemeine Zuweisungen insgesamt		6.194,461
Zweckzuweisungen		
Originäre zweckgebundene Zuweisungen insgesamt		158,149
* Stadterneuerung § 21 Abs. 1 u. 2 GFG		121,153
* Denkmalpflege § 22 Abs. 1 u. 3 GFG		5,010
* Bodendenkmalpflege § 22 Abs. 2 GFG		3,017
* Komm. Museumsbau § 23 GFG		3,943
* Ausfinanzierung Sportstättenbau § 24 Abs. 1 GFG		2,533
* Ausfinanzierung Sportstättenbau § 24 Abs. 2 GFG		5,000
* Emscher-Lippe ökologische Gestaltung § 25 GFG		10,620
* Altablagerungen/Altstandorte § 26 GFG		6,873
Besondere zweckgebundene Zuweisungen insgesamt		17,780
* Kommunale Theater § 27 Abs. 1 GFG		13,780
* Kommunale Orchester/Kommunale Musikschulen/ Kommunale Musikfeste § 27 Abs. 2 GFG		4,000
* Bahnflächenpool § 28 GFG		-
Zweckzuweisungen insgesamt		175,929

35. In Artikel I wird die Anlage 6 zu § 20 Abs. 2 GFG 2004/2005 wie folgt ersetzt:

Anlage 6 zu § 20 Abs. 2 GFG 2004/2005

Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände aufgrund besonderer Bedarfe, die nicht im Schlüsselzuweisungssystem berücksichtigt sind im Steuerverbund 2004 und 2005		
	Steuerverbund 2004 Mio. EUR	Steuerverbund 2005 Mio. EUR
Gemeinden:		
Bonnförderung § 20 Abs. 2 Nr. 1 GFG		1,000
Kurortehilfe § 20 Abs. 2 Nr. 2 GFG		5,665
Abwassergebührenhilfe § 20 Abs. 2 Nr. 3 GFG		1,803
Aufwendungshilfe Gaststreitkräfte § 20 Abs. 2 Nr. 5 GFG		4,169
Gemeinden insgesamt		12,637
Landschaftsverbände:		
Landschaftliche Kulturpflege § 20 Abs. 2 Nr. 4 GFG		6,320
Landschaftsverbände insgesamt		6,320
Einmalige Zuweisungen nach § 20 Abs. 3		2,589
Gesamtzuweisungen		21,546

36. In Artikel I wird folgende neue Anlage 9 zu § 33 Abs. 2 GFG 2004/2005 eingefügt:

Anlage 9 zu § 33 Abs. 2 GFG 2004/2005

Zuweisungen für kreisfreie Städte und Kreise im Zusammenhang mit der Umsetzung des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt im Haushaltsjahr 2005	
	Haushaltsjahr 2005 Mio. EUR
Wohngeldersparnis des Landes	450,000
Entlastungsausgleich für die Kommunen der neuen Länder	- 220,000
Gesamtzuweisungen	230,000

37. In Artikel I wird folgende neue Anlage 10 zu § 33 Abs. 3 GFG 2004/2005 eingefügt:

Anlage 10 zu § 33 Abs. 3 GFG 2004/2005

Zuweisungsempfänger und Zuweisungsbeträge nach § 33 Abs. 3

Empfängerkommune	Zuweisungsbetrag EUR
Kreisfreie Städte	
Düsseldorf, Stadt	10.023.472
Duisburg, Stadt	9.045.580
Essen, Stadt	11.941.977
Krefeld, Stadt	3.938.826
Mönchengladbach, Stadt	5.776.887
Mülheim an der Ruhr, Stadt	2.040.548
Oberhausen, Stadt	3.863.162
Remscheid, Stadt	1.587.506
Solingen, Stadt	2.205.274
Wuppertal, Stadt	7.987.363
Aachen, Stadt	3.858.623
Bonn, Stadt	4.066.233
Köln, Stadt	20.060.242
Leverkusen, Stadt	1.826.129
Bottrop, Stadt	1.444.392
Gelsenkirchen, Stadt	6.278.718
Münster, Stadt	3.322.605
Bielefeld, Stadt	5.469.248
Bochum, Stadt	5.178.200
Dortmund, Stadt	10.872.211
Hagen, Stadt	3.679.977
Hamm, Stadt	2.410.133
Herne, Stadt	2.628.469
Kreise	
Kleve	1.903.360
Mettmann	5.209.715
Rhein-Kreis Neuss	4.325.102
Viersen	2.473.203
Wesel	5.034.986
Aachen	3.907.552
Düren	3.008.699
Rhein-Erftkreis	5.223.856
Euskirchen	1.614.461
Heinsberg	2.578.454
Oberbergischer Kreis	2.404.107
Rheinisch-Bergischer Kreis	2.843.591
Rhein-Sieg-Kreis	4.907.459
Borken	2.201.478
Coesfeld	1.279.084
Recklinghausen	9.847.618
Steinfurt	2.677.640
Warendorf	2.012.428
Gütersloh	2.599.545
Herford	1.909.526
Höxter	921.440
Lippe	3.377.058
Minden-Lübbecke	2.505.180
Paderborn	2.893.806
Ennepe-Ruhr-Kreis	3.376.676
Hochsauerlandkreis	2.420.216
Märkischer Kreis	5.560.238
Olpe	566.187
Siegen-Wittgenstein	2.198.405
Soest	2.888.383
Unna	5.824.772
SUMME	230.000.000

38. In Artikel I wird die bisherige Anlage 9 zu § 38 Abs. 3 GFG 2004/2005 die neue Anlage 11 zu § 39 Abs. 3 GFG 2004/2005 mit folgender Fassung:

Anlage 11 zu § 39 Abs. 3 GFG 2004/2005

Anteile und Auszahlungstermine der Zuweisungen nach § 39 Abs. 3

in den Haushaltsjahren 2004 und 2005

Beschreibung	Auszahlungstermin	
	Haushalts- jahr 2004	Haushalts- jahr 2005
ein Achtel der Zuweisungen nach § 39 Abs. 3 GFG	29. Januar	28. Januar
ein Viertel der Zuweisungen nach § 39 Abs. 3 GFG	30. März	30. März
ein Viertel der Zuweisungen nach § 39 Abs. 3 GFG einschließlich Verrechnung hälftiger Ausgleichsbeträge nach §§ 6, 7 und 8 SBG	29. Juni	29. Juni
ein Viertel der Zuweisungen nach § 39 Abs. 3 GFG	29. September	29. September
ein Achtel der Zuweisungen nach § 39 Abs. 3 GFG einschließlich Verrechnung hälftiger Ausgleichsbeträge nach §§ 6, 7 und 8 SBG	22. Dezember	22. Dezember

39. Artikel II erhält folgende neue Fassung:

**„Gesetz
zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs
der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am
Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit
in den Haushaltsjahren 2004 und 2005
(Solidarbeitragsgesetz – SBG 2004/2005)**

Inhaltsübersicht

Erster Teil

**Finanzielle Beteiligung der Gemeinden
am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit in den
Haushaltsjahren 2004 und 2005**

§ 1 Allgemeine Grundlagen

§ 2 Originärer Gemeindeanteil am kommunalen Anteil des zu leistenden Solidarbeitrags zur Deutschen Einheit

§ 3 Berechnungsgrundlagen

Zweiter Teil

Berechnung, Festsetzung und Verfahren

Erster Abschnitt

**Berechnung und vorläufige Festsetzung
der Ausgleichsbeträge**

§ 4 Berechnung der auszugleichenden Solidarbeiträge jeder Gemeinde

für 2003 geltenden Vervielfältigern nach § 2 Abs. 1 vervielfältigt. Zur vorläufigen Berechnung der erhöhten Gewerbesteuerumlage wird für das Haushaltsjahr 2005 das durch den Hebesatz für das Haushaltsjahr 2003 geteilte Ist-Aufkommen der Gewerbesteuer in der Zeit vom 1. Juli 2003 bis 31. Dezember 2003 und das durch den Hebesatz für das Haushaltsjahr 2004 geteilte Ist-Aufkommen der Gewerbesteuer in der Zeit vom 1. Januar 2004 bis 30. Juni 2004 zugrunde gelegt und mit den für 2003 bzw. 2004 geltenden Vervielfältigern nach § 2 Abs. 1 vervielfältigt.

Soweit in den jeweiligen Referenzzeiträumen noch Zahlungen bei der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital für Vorjahre anfallen, werden diese entsprechend berücksichtigt.

Für jedes Haushaltsjahr wird der Anteil jeder Gemeinde am Gesamtaufkommen der erhöhten Gewerbesteuerumlage im entsprechenden Referenzzeitraum ermittelt. Die vorläufige Mehrbelastung jeder einzelnen Gemeinde in dem entsprechenden Haushaltsjahr wird mit diesem Anteil an dem sich aus Anlage 3 ergebenden vorläufigen Ansatz für die erhöhte Gewerbesteuerumlage für das entsprechende Haushaltsjahr berechnet.

(3) Zur vorläufigen Berechnung des Betrages, um den die jeweilige Schlüsselmasse in dem entsprechenden Haushaltsjahr gemindert oder aufgestockt ist, wird die maßgebende Gemeindefinanzierungsmasse nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2004/2005 um den entsprechenden Anteil der gemeindlichen Schlüsselmassenveränderung an der Verbundmassenveränderung nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2004/2005 erhöht oder vermindert. Die vorläufig festgesetzten Gesamtbeträge der Verbundmassenveränderung für die Haushaltsjahre 2004 und 2005 ergeben sich aus der Anlage 3. Der sich daraus ergebende Gemeindeanteil berechnet sich nach dem im Gemeindefinanzierungsgesetz 2004/2005 für diese Haushaltsjahre festgelegten Aufteilungsverhältnis der Steuerverbundleistungen auf die gemeindliche Schlüsselmasse zu allen anderen allgemeinen und zweckgebundenen Zuweisungen in den jeweiligen Haushaltsjahren. Der für das entsprechende Haushaltsjahr erhöhte oder reduzierte Betrag wird nach den Vorschriften des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2004/2005 auf jede Gemeinde aufgeteilt. Er wird mit der nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2004/2005 für das entsprechende Haushaltsjahr festgesetzten gemeindlichen Schlüsselzuweisung für jede Gemeinde saldiert. Der Unterschiedsbetrag stellt für das entsprechende Haushaltsjahr die vorläufige über die Minderung oder Aufstockung der Schlüsselmasse erbrachte gemeindliche Leistung dar.

(4) Das Innenministerium und das Finanzministerium setzen für jedes Haushaltsjahr die vorläufigen Beträge nach Absatz 2 und 3 für jede Gemeinde fest.

§ 6

Berechnung des Ausgleichsbetrages jeder Gemeinde

(1) Weicht in einem Haushaltsjahr der auf jede Gemeinde entfallende Anteil am auszugleichenden Solidarbeitrag nach § 4 von den Anrechnungsbeträgen nach § 5 ab, sind die Unterschiedsbeträge zwischen den Gemeinden auszugleichen.

Minderzahlungen sind nachzuzahlen. Überzahlungen werden erstattet. Nachzahlungen und Erstattungen gleichen sich aus.

(2) Der Ausgleichsbetrag nach Absatz 1 ist in jedem Jahr bei den Umlagegrundlagen nach den §§ 35 bis 37 Gemeindefinanzierungsgesetz 2004/2005 zu berücksichtigen.

Zweiter Abschnitt

Abrechnung und endgültige Festsetzung

§ 7

Endgültige Festsetzung des Solidarbeitrages und des auszugleichenden Solidarbeitrages 2002

(1) Der endgültige Solidarbeitrag und der kommunale Beitrag für das Haushaltsjahr 2002 wird nach den

Ergebnissen der Haushaltsrechnung des Landes für das Haushaltsjahr 2002 ermittelt.

(2) Der endgültige zwischen den Gemeinden auszugleichende Solidarbeitrag für das Haushaltsjahr 2002 ergibt sich nach der Haushaltsrechnung des Landes für das Haushaltsjahr 2002 aus der tatsächlich von den Gemeinden für das Haushaltsjahr 2002 erbrachten erhöhten Gewerbesteuerumlage und der vorzunehmenden Schlüsselmassenminderung gemäß dem im Gemeindefinanzierungsgesetz 2002 festgelegten Anteilsverhältnis zwischen Gemeindefinanzierungsmasse und sonstigen Zuweisungen aus dem Steuerverbund.

(3) Entsprechend den Berechnungsvorschriften der §§ 2 bis 4 Solidarbeitragsgesetz 2002 (GV. NRW. 2001 S. 887) wird eine Neuberechnung des Anteils am auszugleichenden Solidarbeitrag und der Anrechnungs- und Ausgleichsbeträge für jede einzelne Gemeinde vorgenommen. Dabei wird die von jeder Gemeinde für das Jahr 2002 tatsächlich erbrachte erhöhte Gewerbesteuerumlage und die tatsächliche Minderung der Schlüsselzuweisung aufgrund der Verbundmassenminderung im Steuerverbund 2002 zugrunde gelegt.

Weicht das Ergebnis der Neuberechnung von der vorläufigen Berechnung für 2002 ab, werden die Abweichungen durch Nachzahlungen oder Erstattungen ausgeglichen. Nachzahlungen und Erstattungen gleichen sich aus.

(4) Der Ausgleichsbetrag nach Absatz 3 ist im Haushaltsjahr 2004 bei den Umlagegrundlagen nach den §§ 35 bis 37 Gemeindefinanzierungsgesetz 2004/2005 zu berücksichtigen.

(5) Das Innenministerium und das Finanzministerium ermitteln die endgültigen Beträge nach Absatz 1 und 2 sowie die endgültigen Ausgleichsbeträge nach Absatz 3 und setzen sie fest.

§ 8

Endgültige Festsetzung des Solidarbeitrages und des auszugleichenden Solidarbeitrages 2003

(1) Der endgültige Solidarbeitrag und der kommunale Beitrag für das Haushaltsjahr 2003 wird nach den Ergebnissen der Haushaltsrechnung des Landes für das Haushaltsjahr 2003 ermittelt.

(2) Der endgültige zwischen den Gemeinden auszugleichende Solidarbeitrag für das Haushaltsjahr 2003 ergibt sich nach der Haushaltsrechnung des Landes für das Haushaltsjahr 2003 aus der tatsächlich von den Gemeinden für das Haushaltsjahr 2003 erbrachten erhöhten Gewerbesteuerumlage und der vorzunehmenden Schlüsselmassenminderung gemäß dem im Gemeindefinanzierungsgesetz 2003 festgelegten Anteilsverhältnis zwischen Gemeindefinanzierungsmasse und sonstigen Zuweisungen aus dem Steuerverbund.

(3) Entsprechend den Berechnungsvorschriften der §§ 2 bis 4 Solidarbeitragsgesetz 2003 (GV. NRW. 2003 S. 372) wird eine Neuberechnung des Anteils am auszugleichenden Solidarbeitrag und der Anrechnungs- und Ausgleichsbeträge für jede einzelne Gemeinde vorgenommen. Dabei wird die von jeder Gemeinde für das Jahr 2003 tatsächlich erbrachte erhöhte Gewerbesteuerumlage und die tatsächliche Minderung der Schlüsselzuweisung aufgrund der Verbundmassenminderung im Steuerverbund 2003 zugrunde gelegt.

Weicht das Ergebnis der Neuberechnung von der vorläufigen Berechnung für 2003 ab, werden die Abweichungen durch Nachzahlungen oder Erstattungen ausgeglichen. Nachzahlungen und Erstattungen gleichen sich aus.

(4) Der Ausgleichsbetrag nach Absatz 3 ist im Haushaltsjahr 2005 bei den Umlagegrundlagen nach den §§ 35 bis 37 Gemeindefinanzierungsgesetz 2004/2005 zu berücksichtigen.

(5) Das Innenministerium und das Finanzministerium ermitteln die endgültigen Beträge nach Absatz 1 und 2 sowie die endgültigen Ausgleichsbeträge nach Absatz 3 und setzen sie fest.

Dritter Abschnitt
Grundsätzliche Verfahrensregelungen

§ 9

Verfahren, Termine

(1) Für jede einzelne Gemeinde werden für jedes Haushaltsjahr die Ausgleichsbeträge nach § 6 Abs. 1 vorläufig und nach § 7 Abs. 3 bzw. § 8 Abs. 3 endgültig durch Bescheid der Bezirksregierungen festgesetzt. Das Innenministerium und das Finanzministerium können bestimmen, dass die Bescheide der Bezirksregierungen den Gemeinden und Kreisen unmittelbar durch das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen zuzuleiten sind. Einwendungen gegen die Bescheide sind durch Widerspruch geltend zu machen.

(2) Die sich für die einzelne Gemeinde nach den vorstehenden Vorschriften ergebenden Zahlungsverpflichtungen oder Ansprüche werden mit den nach § 39 des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2004/2005 zu zahlenden Zuweisungen in zwei Teilbeträgen nach Anlage 11 zu § 39 des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2004/2005 verrechnet. Eine die Zuweisungen nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz übersteigende Zahlungsverpflichtung in einem Haushaltsjahr ist zu den in Satz 1 genannten Terminen anteilig an die Landeskasse zu entrichten.

(3) Die §§ 40 und 44 des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2004/2005 gelten entsprechend. Die Gemeinde ist nicht berechtigt, Zahlungsverpflichtungen nach diesem Gesetz zu kürzen.“

Anlage 1 zu § 1 Abs. 2 und 3 SBG 2004/2005

Vorläufiger Solidarbeitrag des Landes Nordrhein-Westfalen und kommunaler Gesamtbeitrag an den Lasten zur Deutschen Einheit in den Haushaltsjahren 2004 und 2005		
	Haushaltsjahr 2004 EUR	Haushaltsjahr 2005 EUR
Solidarbeitrag Nordrhein-Westfalen § 1 Abs. 2 SBG	728.000.000	905.000.000
Kommunaler Gesamtbeitrag § 1 Abs. 3 SBG	310.128.000	385.530.000

Anlage 2 zu § 2 Abs. 2 SBG 2004/2005

Vorläufiger originärer Gemeindeanteil am kommunalen Anteil des zu leistenden Solidarbeitrags zur Deutschen Einheit in den Haushaltsjahren 2004 und 2005		
	Haushaltsjahr 2004 EUR	Haushaltsjahr 2005 EUR
Originärer Gemeindeanteil am kommunalen Gesamtsolidarbeitrag zur Deutschen Einheit § 2 Abs. 2 SBG	388.165.000	459.102.000

Anlage 3 zu § 3 Abs. 1 SBG 2004/2005

Vorläufige Berechnungsgrundlagen nach § 3 Abs. 1 SBG 2004/2005 in den Haushaltsjahren 2004 und 2005		
	Haushaltsjahr 2004 Mio. EUR	Haushaltsjahr 2005 Mio. EUR
Erhöhte Gewerbesteuerumlage	535,000	595,000
Verbundmassenveränderung aufgrund verminderter Umsatzsteuer im Zusammenhang mit der Neuregelung des Fonds Deutsche Einheit und des Länderfinanzausgleichs ab 2005	-	- 173,650
Verbundmassenveränderung aufgrund angenommener Vorwegabzüge/Zuführungen im Steuerverbund	+ 225,000	+ 383,120

2005

Artikel III

Das **Gesetz über die Organisation der Landesverwaltung – Landesorganisationsgesetz (LOG NRW)** – vom 10. Juli 1962 (GV. NRW. S. 421), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Mai 2004 (GV. NRW. S. 248), wird wie folgt geändert:

1. In § 6 Abs. 2 werden die Wörter „die Direktorin/der Direktor der Landwirtschaftskammer bzw. der Direktor der Landwirtschaftskammer für den Bereich Landwirtschaft sowie der Direktor der Landwirtschaftskammer für den Bereich höhere Forstbehörde als Landesbeauftragte,“ ersetzt durch die Wörter „die Direktorin/der Direktor der Landwirtschaftskammer als Landesbeauftragte/Landesbeauftragter,“.
2. In § 9 Abs. 2 werden nach den Wörtern „die Finanzämter,“ die Wörter „die Staatlichen Forstämter und die Forstämter der Landwirtschaftskammer, bei denen diese Aufgabe von den Leiterinnen oder Leitern der Forstämter als Landesbeauftragte wahrgenommen werden,“ gestrichen.

790

Artikel IV

Das **Landesforstgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesforstgesetz – LFoG)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. April 1980 (GV. NRW. S. 546), zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. Mai 2004 (GV. NRW. S. 259), wird wie folgt geändert:

1. Das Inhaltsverzeichnis wird wie folgt geändert:
 - a) Der Erste Abschnitt des Kapitels V des Inhaltsverzeichnisses wird wie folgt neu gefasst:

**„Erster Abschnitt
Gliederung der Forstbehörden**

§ 55 Landesforstverwaltung

§ 56 Organisation des Landesbetriebes Wald und Holz

§ 57 (aufgehoben)

§ 58 Forstamtsbezirke

§ 59 (aufgehoben)“.

- b) Der Dritte Abschnitt des Kapitels V wird wie folgt neu gefasst:

**„Dritter Abschnitt
Beratung der Landesforstverwaltung**

§ 62 Beratungsorgane

§ 63 (aufgehoben)

§ 64 (aufgehoben)

§ 65 (aufgehoben)

§ 66 (aufgehoben)“.

2. In § 11 Abs. 1 Satz 3 werden nach dem Wort „Tätigkeit“ die Wörter „und in Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Pflichten“ eingefügt.
3. In § 31 Abs. 1 wird Satz 1 durch folgenden Satz ersetzt:
„Staatswald des Landes Nordrhein-Westfalen ist der Wald, der im Alleineigentum oder Miteigentum des Landes Nordrhein-Westfalen steht (Verwaltungsgrundvermögen „Sonderliegenschaft Forst“).“
4. § 53 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 4 werden die Wörter „Beamte und Angestellte“ durch das Wort „Dienstkräfte“ ersetzt.
 - b) In Absatz 5 werden die Wörter „Beamte und Angestellte“ durch das Wort „Dienstkräfte“ ersetzt.
5. § 55 erhält folgende Fassung:

„§ 55

Landesforstverwaltung

- (1) Forstbehörden sind die oberste Forstbehörde und der Landesbetrieb Wald und Holz, dem die Aufgaben

der Höheren Forstbehörde und der Unteren Forstbehörden übertragen sind.

(2) Oberste Forstbehörde ist das Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Ministerium). Dieses führt die Aufsicht über den Landesbetrieb Wald und Holz.

(3) Der Landesbetrieb Wald und Holz ist als Landesbetrieb nach § 14a LOG organisiert. Er unterhält Außenstellen, die die Bezeichnung „Forstamt“ führen können.“

6. § 56 erhält folgende Fassung:

„§ 56

Organisation des Landesbetriebes Wald und Holz

(1) Das Ministerium erlässt für den Landesbetrieb Wald und Holz eine Betriebsatzung im Einvernehmen mit dem Finanzministerium.

(2) Der Landesbetrieb Wald und Holz gibt sich mit Zustimmung des Ministeriums eine Geschäftsordnung.“

7. §§ 57 und 59 werden aufgehoben.

8. § 60 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Nr. 3 wird folgender Satz angefügt:

„Dazu können auch Jugendwaldheime betrieben werden.“

- b) Nach Absatz 1 wird folgender neuer Absatz 2 eingefügt:

„(2) Die Forstbehörden sind zuständig im Sinne des Pflanzenschutzgesetzes in der jeweils gültigen Fassung und aller auf Grund des Pflanzenschutzgesetzes erlassenen Rechtsverordnungen, soweit es sich um Forstpflanzen und deren Erzeugnisse handelt. Zur Durchführung dieser Aufgabe wird das Ministerium zum Erlass einer Rechtsverordnung ermächtigt.“

- c) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3 und es wird folgender Satz 3 angefügt:

„Die Landesforstverwaltung bewirtschaftet das forstliche Sondervermögen gegen Kostenerstattung.“

- d) Die bisherigen Absätze 3 bis 5 werden Absätze 4 bis 6.

9. § 61 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 werden die Wörter „die untere Forstbehörde“ durch die Wörter „der Landesbetrieb Wald und Holz“ ersetzt.

- b) Satz 2 erhält folgende Fassung: „Der Landesbetrieb Wald und Holz nimmt die nach diesem Gesetz und nach anderen Gesetzen und Verordnungen den staatlichen Forstämtern, den unteren Forstbehörden und den höheren Forstbehörden zugewiesenen Aufgaben wahr.“

10. Die Überschrift des Dritten Abschnitts des Kapitels V erhält folgende Fassung:

„Beratung der Landesforstverwaltung“.

11. § 62 erhält folgende Fassung:

„§ 62

Beratungsorgane

Bei dem Ministerium wird ein Forstausschuss und bei dem Landesbetrieb ein Beratungsorgan gebildet. Bei den Außenstellen des Landesbetriebes kann jeweils ein Beratungsorgan gebildet werden. Ihre Aufgabe ist die Beratung der Landesforstverwaltung. Das Ministerium wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem zuständigen Landtagsausschuss die Einzelheiten über die Bezeichnung, Bildung, Zusammensetzung und Beteiligung der Beratungsorgane, die Einberufung zu den Sitzungen und die Bestellung der Mitglieder und deren Entschädigung zu regeln.“

12. §§ 63, 64, 65 und 66 werden aufgehoben.

13. In § 68 Abs. 1 werden die Wörter „Beamte und Angestellte“ durch das Wort „Dienstkräfte“ ersetzt.

780

Artikel V

Das Gesetz über eine Umlage der Landwirtschaftskammer im Lande Nordrhein-Westfalen (Umlagegesetz) vom 17. Juli 1951 (GV. NRW. S. 87), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Mai 2004 (GV. NRW. S. 248), wird wie folgt geändert:

1. In § 3 werden die Wörter „Land- und Forstwirtschaft“ durch das Wort „Landwirtschaft“ ersetzt und folgender Satz 2 angefügt:
„Von den Betrieben der Forstwirtschaft wird keine Umlage erhoben.“
2. In § 4 werden die Wörter „Land- und Forstwirtschaft“ durch das Wort „Landwirtschaft“ ersetzt.
3. In § 6 Abs. 1 werden die Wörter „land- und forstwirtschaftlichen“ ersetzt durch das Wort „landwirtschaftlichen“.

20320

Artikel VI

Das Landesbesoldungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbesoldungsgesetz – LBesG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. November 1995 (GV. NRW. S. 1166), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Dezember 2004 (GV. NRW. S. 779), wird wie folgt geändert:

In der Anlage 1 Landesbesoldungsordnungen – LBesO – (Teil 2) werden in der Besoldungsgruppe B 5 nach den Wörtern „Direktorin oder Direktor der Landwirtschaftskammer“ die Wörter „Leiter des Landesbetriebes Wald und Holz“ eingefügt.

2035

Artikel VII

Das Personalvertretungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen – Landespersonalvertretungsgesetz – LPVG – vom 3. Dezember 1974 (GV. NRW. S. 1514), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. November 2004 (GV. NRW. S. 752), wird wie folgt geändert:

Der fünfte Abschnitt (Forstverwaltung, §§ 107 bis 109) wird gestrichen.

93

Artikel VIII

Das Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen (ÖPNVG NRW) vom 7. März 1995 (GV. NRW. S. 196), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Dezember 2004 (GV. NRW. S. 786), wird wie folgt geändert:

In § 15 wird nach Satz 1 folgender Satz 2 angefügt:

„Das für das Verkehrswesen zuständige Ministerium kann die Zuständigkeiten für die Förderungen nach den §§ 11 und 13 abweichend von Satz 1 auf die NRW.BANK übertragen.“

Artikel IX**Neubekanntmachung**

Das Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz kann den Wortlaut des in Artikel IV geänderten Gesetzes in der vom Inkraft-Treten dieses Gesetzes an geltenden Fassung im Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes Nordrhein-Westfalen neu bekannt machen und dabei Unstimmigkeiten des Wortlautes und der Rechtschreibung beseitigen.

Artikel X**In-Kraft-Treten**

Artikel I, II, III, IV und V treten mit Wirkung vom 1. Januar 2005 in Kraft. Artikel VI, VII, VIII und IX treten am Tag nach der Verkündung dieses Gesetzes in Kraft.

Düsseldorf, den 1. März 2005

(L. S.)

Die Landesregierung
Nordrhein-Westfalen
Der Ministerpräsident
Peer Steinbrück

Der Finanzminister
Jochen Dieckmann

Der Innenminister
Dr. Fritz Behrens

Der Justizminister
Wolfgang Gerhards

Der Minister
für Wirtschaft und Arbeit
Harald Schartau

Die Ministerin
für Gesundheit, Soziales,
Frauen und Familie
Birgit Fischer

Die Ministerin
für Schule, Jugend und Kinder
zugleich für
den Minister
für Verkehr, Energie und Landesplanung
Ute Schäfer

Die Ministerin
für Wissenschaft und Forschung
Hannelore Kraft

Der Minister
für Städtebau und Wohnen,
Kultur und Sport
Dr. Michael Vesper

Die Ministerin
für Umwelt und Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Bärbel Höhn

Der Minister
für Bundes-, Europaangelegenheiten
und Medien
Wolfram Kuschke

**Haushaltsplan
des Landes Nordrhein-Westfalen
für das Haushaltsjahr
2005**

Gesamtplan

Haushaltsübersicht (§ 13 Abs. 4 Nr. 1 LHO)

Finanzierungsübersicht (§ 13 Abs. 4 Nr. 2 LHO)

Kreditfinanzierungsplan (§ 13 Abs. 4 Nr. 3 LHO)

Haushaltsübersicht 2005

Einzelplan	Einnahmen	Einnahmen	Ausgaben	Verpflichtungsermächtigungen	Ausgaben
	2005 (TEUR)	2004 (TEUR)	2005 (TEUR)	2005 (TEUR)	2004 (TEUR)
01 Landtag	1.461,1	1.443,2	89.233,6	450,0	88.550,7
02 Ministerpräsident	1.119,2	1.119,2	120.619,5	37.308,0	124.650,8
03 Innenministerium	185.495,2	201.995,6	4.154.862,6	489.674,2	4.137.884,0
04 Justizministerium	1.073.899,7	1.040.141,0	3.139.440,3	190.431,5	3.092.164,9
05 Ministerium für Schule, Jugend und Kinder	377.894,9	374.603,9	13.112.635,3	187.510,8	12.801.382,0
06 Ministerium für Wissenschaft und Forschung	898.427,0	955.418,0	5.427.334,7	200.552,3	5.374.618,5
08 Ministerium für Verkehr, Energie und Landesplanung	1.515.440,2	1.478.226,3	2.754.953,8	518.730,0	2.727.614,4
10 Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	485.478,8	499.283,7	943.705,6	361.931,0	983.940,3
11 Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie	270.065,4	271.516,6	1.504.538,0	345.903,1	1.488.586,8
12 Finanzministerium	1.026.972,3	949.763,0	1.753.789,7	31.950,0	1.745.334,7
13 Landesrechnungshof	320,8	320,8	37.621,3	0,0	36.324,5
14 Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport	503.127,4	972.751,9	1.142.057,2	150.488,0	2.120.856,5
15 Ministerium für Wirtschaft und Arbeit	1.094.440,9	351.283,3	1.628.128,3	534.786,3	976.889,8
20 Allgemeine Finanzverwaltung	42.002.271,4	41.618.065,8	13.627.494,4	490.372,0	13.017.134,4
Zusammen	49.436.414,3	48.715.932,3	49.436.414,3	3.540.087,2	48.715.932,3

Hinweis:

Die Abweichungen in den Summen ergeben sich durch kaufmännisches Runden.

FINANZIERUNGSÜBERSICHT

	(Mio. EUR)
I. HAUSHALTSVOLUMEN	49.436,4
II. ERMITTLUNG DES FINANZIERUNGSSALDOS	
1. Ausgaben (ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen und für Fehlbeträge aus Vorjahren)	49.436,4
2. Einnahmen (ohne Einnahmen aus Kreditmarktmitteln, Entnahmen aus Rücklagen und Überschüssen aus Vorjahren)	44.127,8
3. Finanzierungssaldo	-5.308,6
III. ZUSAMMENSETZUNG DES FINANZIERUNGSSALDOS	
4. Nettoneuverschuldung am Kreditmarkt	
4.1 Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt (brutto)	16.434,9
4.2 Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt	11.131,4
4.21 darunter gemäß § 2 Abs. 2 Sätze 1 und 2 Haushaltsgesetz in Verbindung mit § 12 Abs. 1 Satz 2 Haushaltsgrundsätzegesetz	11.131,4
4.3 Nettoverschuldung am Kreditmarkt	5.303,5
5. Entnahmen aus Rücklagen	5,1
6. Überschüsse aus Vorjahren	0,0
7. Zuführung an Rücklagen	--
8. Finanzierungssaldo	-5.308,6
IV. NACHRICHTLICH	
ERMITTLUNG DER KREDITERMÄCHTIGUNG FÜR KREDITMARKTMITTEL	
Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt	5.303,5
dazu gemäß § 2 Abs. 2 Satz 1 Haushaltsgesetz in Verbindung mit § 12 Abs. 1 Satz 2 Haushaltsgrundsätzegesetz	11.131,4
dazu gemäß § 2 Abs. 2 Satz 2 Haushaltsgesetz	--
Kreditermächtigung	16.434,9

KREDITFINANZIERUNGSPLAN

	(Mio. EUR)
I. EINNAHMEN AUS KREDITEN	
bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw.	12,6
vom Kreditmarkt	16.434,6
Zusammen	16.447,6
II. TILGUNGS-AUSGABEN FÜR KREDITE	
bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw.	143,9
vom Kreditmarkt	11.131,4
Zusammen	11.275,3
III. NETTO-NEUVERSCHULDUNG insgesamt	
bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw.	-131,3
vom Kreditmarkt	5.303,5
Zusammen	5.172,2